presse

Krise der Schiffsfinanzierung schadet dem maritimen Standort

Zum Ausstieg der Commerzbank aus der Schiffsfinanzierung und den Folgen für den maritimen Standort Deutschland erklärt der Maritime Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Beckmeyer:

Die Ankündigung der Commerzbank, sich komplett aus der Schiffsfinanzierung zurückzuziehen, zeigt: Es herrscht Land unter in der Schifffahrtsbranche. Denn der Rückzug der Hamburger Unternehmenstochter aus diesem Geschäftsfeld ist auch eine Entscheidung gegen den maritimen Standort Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung sieht dem allem tatenlos zu.

Mit einem Kreditportfolio von rund 20 Milliarden Euro war die einstige Deutsche Schiffsbank nach der HSH Nordbank bisher der zweitgrößte Schiffsfinanzierer in Deutschland – und der Bund ist mit etwas mehr als 25 Prozent der größte Einzelaktionär. Schiffsfinanzierung sei teil ihres Kerngeschäftes, hatte die Commerzbank noch im März 2011 verlautbart. Wenn sich die Bank jetzt aus dem Schiffsgeschäft zurückzieht, trifft das nicht nur die Reedereien. Mit im Boot sitzen auch die Werften, die künftig noch mehr Schwierigkeiten haben dürften, neue Aufträge an Land zu ziehen.

Seit Beginn der Finanzkrise haben sich die Banken aus der Schiffs- und Werftenfinanzierung immer mehr zurückgezogen; durch Zusammenschlüsse hat sich die Zahl der Marktteilnehmer stark reduziert. Wesentlicher Grund sind die laufende Restrukturierung wichtiger Institute wie der HSH Nordbank und die strengeren Eigenkapitalvorschriften für die Banken. Die Folge: Fremdkapital wird für die deutschen Schifffahrtsgesellschaften immer teurer.

Die Bundesregierung muss jetzt das Steuer herumreißen und Lösungen entwickeln, um der von der Finanzkrise gebeutelten mittelständisch geprägten

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Schifffahrtsbranche zu helfen. Die vorhandenen Instrumente stoßen an ihre Grenzen. Lösungsvorschläge gibt es; sie reichen von einer aktiveren Rolle der KfW-Bankengruppe bei der Schiffsfinanzierung über eine Einbindung der Europäischen Investitionsbank bis hin zu einer bevorzugten Kreditbereitstellung zum Bau technologisch hochwertiger, umweltfreundlicher Schiffe – damit könnte Schwarz-Gelb auch die dringend notwendige Flottenmodernisierung in Deutschland voranbringen. Echte Industriepolitik sieht jedenfalls anders aus.